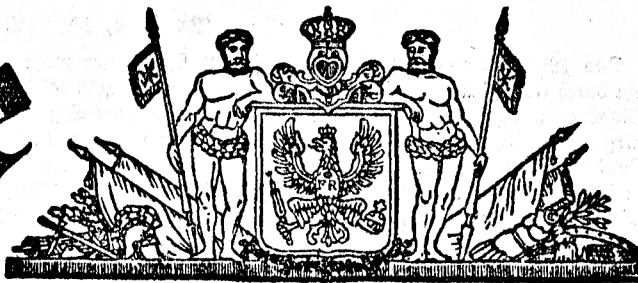


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Towerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11802. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Lloyd George gegen die Pariser Presse.

### Der Oberste Rat entscheidet.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

19 London, 18. Mai.

Die wiederholten heftigen Angriffe der französischen Presse haben Lloyd George veranlaßt, der Öffentlichkeit gegenüber Englands Standpunkt in der oberschlesischen Frage zu präzisieren. Er tut dies in folgendem Communiqué, das heute nachmittag von Downingstreet ausgegeben worden ist:

„Die völlig einmütige Zustimmung der amerikanischen, italienischen und englischen Presse zu meinen Ausführungen zeigt, daß die großen Nationen, die Frankreich im Westen beigefanden haben, gewillt sind, den Vertrag von Versailles fair zu interpretieren. Noch nie hat man in irgendeiner Frage eine solche Einmütigkeit erlebt. Alle Schattierungen der öffentlichen Meinung in diesen drei Ländern nehmen den gleichen Standpunkt ein.“

„Es würde nicht vorteilhaft sein, wenn die französische Presse einen anderen Standpunkt einnimmt. Aber wir müssen Meinungsverschiedenheiten gegenüber tolerant sein. Auch sie beruft sich auf den Vertrag von Versailles, auch sie glaubt, die Bestimmungen des Vertrages gerecht anzuwenden, gleichgültig, ob er für oder gegen Deutschland ist. Bei allem Respekt möchte ich der französischen Presse doch sagen, daß die Art und Weise, wie sie jeden Ausdruck der Meinung eines Alliierten, der nicht vollkommen mit ihr übereinstimmt, als unverschämte Bezeichnung, recht unvorteilhaft ist. Eine solche Gefinnung muß, wenn man dabei beharrt, für jede Entente verhängnisvoll werden.“

„Der Standpunkt, den die englische, amerikanische und italienische Öffentlichkeit in der oberschlesischen Frage eingenommen hat, braucht nicht offensiv verstanden zu werden. Ich halte an den Äußerungen fest, die ich im Unterhause über das Thema Schlesien gemacht habe. Ich kann natürlich nur die Verantwortung für die Worte übernehmen, die ich bisher gesagt habe und nicht für die verstümmelten und verdrehten Berichte der französischen Zeitungen. Das Schicksal Oberschlesiens muß von dem Obersten Rat entschieden werden und nicht von Korfanty. Es kann nicht geklärt werden, daß die europäischen Völker angegriffen werden. Man muß mit fester Hand zupacken, sonst wird es ununterbrochen Unruhen geben.“

„Der Gang der Welt in den nächsten Jahren kann nicht vorausgesagt werden. Der Schleier über der Zukunft ist ungewöhnlich dicht, weil viel von der Haltung der Alliierten zueinander abhängt. Auch abgesehen von vertraglichen Verpflichtungen werden unvorhergesehene Ereignisse die künftige Gruppierung der Nationen bestimmen, und die Zukunft der Welt, besonders Europas, wird durch alte oder neue Freundschaften bestimmt werden. Unter diesen Umständen ist der Vertrag von Versailles ein Dokument von unendlicher Bedeutung, besonders für den Völkler der Entente. Es bindet uns aneinander. Und wenn so viel da ist, das uns trennen könnte, so wird es nicht lange dauern, dann werden diejenigen, die die Bestimmungen des Vertrages wie ein Spielzeug der Vorliebe oder des Vorurteils behandeln, ihre Selbstblütigkeit beklagen.“

„Das englische Volk wird sich in keiner Beziehung seiner Verantwortlichkeit infolge des Vertrages entziehen. Augenblickliche Schwierigkeiten machen es notwendig, unsere Truppen sparsam zu verwenden. Aber dieser Zustand wird, wie ich gleich sagen möchte, bald vorüber sein, und ich möchte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß wir bei der letzten Konferenz für den Fall, daß Deutschland die Bedingungen der Alliierten ablehnen sollte, uns bereit erklärt haben, die britische Flotte zur Verfügung der Alliierten zu stellen für jegliche Operationen, die beschloffen werden würden.“

„Die englische Regierung wünschte eine Teilung Oberschlesiens schon durch die Londoner Konferenz vorgenommen zu sehen. Alle Tatsachen der Volksabstimmung waren bekannt. Trotzdem waren unsere Alliierten nicht bereit, die Besprechungen zu beginnen. Wir wollen uns getreu der Entscheidung fügen, die die Mehrheit der Mächte fällt, die nach dem Friedensvertrag über die Festlegung der schlesischen Grenze zu bestimmen haben, ganz gleich, wie das Urteil ausfällt. Wir nehmen die Volksabstimmung als den Ausdruck der Wünsche des schlesischen Volkes an. Aber da wir in einen großen Krieg gegangen sind und in Verteidigung eines alten Vertrages, den wir

mit unterschrieben hatten, ungeheure Verluste erlitten haben, kann England nicht stillschweigend zusehen, wie ein Vertrag, den seine Bevollmächtigten vor noch nicht zwei Jahren mit unterschrieben haben, von anderer Seite unter die Füße getrampelt wird.“

## Konferenz in Lympne?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

19 London, 18. Mai.

Entgegen den gestrigen Meldungen darf es jetzt als sicher angesehen werden, daß Briand am Sonnabend nach Lympne kommt, um mit Lloyd George zu konferieren. An der Beratung des Obersten Rats über die oberschlesische Frage werden die Vereinigten Staaten, die soeben erst einen Vertreter für den Obersten Rat ernannt haben, nicht teilnehmen. Die Regierung in Washington sieht die Frage als eine rein europäische an, in die sie sich nicht einmischen will. Diese Zurückhaltung darf wohl als eine direkte Absage an Polen betrachtet werden; denn Polen hat die Regierung der Vereinigten Staaten gebeten, bei den Beratungen im Obersten Rat die polnischen Interessen zu vertreten. Ein diesbezügliches Ersuchen ist zweimal nach Washington gerichtet worden, im November und Dezember v. J., ohne daß jedoch eine Antwort auf die Bitten erfolgt wäre.

## Gegen und für die Konferenz.

Die Pariser Havas-Agentur verbreitete gestern, wie bereits im Abendblatt mitgeteilt wurde, eine Depesche aus London, in der es hieß: Entgegen den Informationen der englischen Presse stehe es nunmehr „endgültig fest“, daß „keine Zusammenkunft zwischen Briand und Lloyd George“ erfolgen werde und daß auch für den Augenblick „keine Konferenz des Obersten Rates für Ende dieser oder Anfang kommender Woche“ in Aussicht genommen sei.

Eine weitere Mitteilung der Havas-Agentur aus London besagte, im englischen Regierungskreis habe ein „bedeutender Umschwung“ stattgefunden, verursacht durch Nachrichten aus Oberschlesien, die bewiesen hätten, daß die polnische Regierung für den Zustand nicht verantwortlich gemacht werden könne. Dies und die „Richtigstellung zu der Rede Lloyd Georges“ hätten bewirkt, daß der bereits in Erwägung getretene Umschwung in amtlichen englischen Kreisen sich noch verschärft habe. Man habe eine „allgemeine Entspannung“ feststellen können.

Gleichzeitig wurde aber eine amtliche Meldung aus Rom verbreitet, aus der hervorging, daß die englische Regierung an dem Konferenzgedanken festhielt. Die Meldung besagte:

Rom, 17. Mai. (Stefani.)

Graf Sforza antwortete dem englischen Botschafter, der ihn im Namen seiner Regierung fragte, ob er an der interalliierten Konferenz zur Lösung der oberschlesischen Frage teilnehmen werde, er sei dazu bereit. Angesichts der gegenwärtigen Lage scheine ihm eine rasige Lösung im allgemeinen Interesse zu liegen.

## Die erste deutsche Zahlung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

19 Paris, 18. Mai.

Der „Temps“ berichtet, der Wiedergutmachungsausschuß sei, wie bereits gemeldet wurde, durch einen vom 15. Mai datierten Brief davon in Kenntnis gesetzt, daß Deutschland sofort 150 Millionen Goldmark bezahlen werde. Der Brief trägt die Unterschrift des Staatssekretärs Bergmann, der damit zum erstenmal seit seinem mittlerweile zurückgenommenen Rücktrittsgesuch wieder als Leiter der deutschen Kriegslastenkommission hervortritt.

Nach dem „Temps“ wird die erste Milliarde wahrscheinlich dem Garantiefonds für Zinsendienst und Amortisierung des ersten Abschnittes der deutschen Obligationen zugeführt werden, damit diese gleich nach dem 1. Juli auf den internationalen Geldmarkt geworfen werden können.

\*

Im Handelsteil der heutigen Nummer befinden sich Angaben über die Devisen, in denen die ersten 150 Milliarden Goldmark an die Entente gezahlt wurden.

## Die Konferenz über Oberschlesien.

Verhandlungen hinter den Kulissen.

Salbamtlische und private Nachrichten aus Paris, London und Rom erwecken durch den Widerspruch, in dem sie zueinander stehen, leicht den falschen Eindruck, als ob die Meinungsverschiedenheiten über die Grundlagen und die Ziele der nächsten Sitzung des Obersten Rates einen dauernden Charakter trügen. Man muß aber, wenn man den voraussichtlichen Gang der Dinge richtig einschätzen will, unterscheiden zwischen der Begleitmusik, die in der Presse und in der Öffentlichkeit gemacht wird, und den sehr eifrigen Verhandlungen hinter den Kulissen, die auf die Wiederherstellung einer Einheitsfront abzielen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß diese Bemühungen auch diesmal zu einem Ergebnis führen werden, und die Aufgabe der deutschen Politik ist es, nach Möglichkeit zu verhindern, daß Deutschland wiederum wie in anderen Fällen die Kosten dieser Einigung zu tragen hat.

Das kann diesmal um so eher gelingen, als die führenden Mächte der Entente in ihrem eigenen Interesse wünschen müssen, daß die oberschlesische Frage zugunsten Deutschlands gelöst wird. Wenn Frankreich bisher glaubte, die polnischen Ansprüche unterstützen zu sollen, so ist diese Einstellung durch die Annahme des Ultimatums überholt. Jetzt kann die Aufgabe einer vorläufigen französischen Politik nur sein, dem deutschen Volk und der deutschen Regierung die Erfüllung der ungeheuren Leistungen nicht physisch und moralisch zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Die Erkenntnis, daß die polnischen Quellen, auf die sich bisher das französische Urteil im wesentlichen stützte, in jeder Beziehung unlauter waren, müßte es der französischen öffentlichen Meinung erleichtern, den Weg zu einer objektiven Beurteilung der wirklichen Tatsachen zu finden, und damit einen Schritt voranzugehen zur Wiederaufrichtung Europas.

Deutschland ist sich bewußt, daß sein Anspruch auf Oberschlesien nicht nur subjektiv gerechtfertigt ist. Die Volksabstimmung ist unter den ungünstigsten Umständen für Deutschland vor sich gegangen. Die Maßregeln der Abstimmungskommission, die sich bei Ausbruch des Korfanty-Kaufstandes als so wenig zweckmäßig zur Beseitigung offener Gewalttät erwiesen, haben in den Monaten vor der Abstimmung die terroristische Beeinflussung der deutschgesinnten Bevölkerung beider Sprachen in höchstem Maße begünstigt. Ergabem hat sich eine starke Mehrheit für das Verbleiben beim Deutschen Reich ergeben, die nach dem Urteil ausländischer Sachkenner noch wesentlich imposanter gewesen wäre, wenn in den Landbezirken beide Parteien das gleiche Maß von Freiheit und Beschränkung erfahren hätten. In diesem Falle wäre auch die deutsche Minderheit in Rybnik, die ohnedies sehr beträchtlich war, und sogar auch in Plesz voraussichtlich zur Mehrheit geworden und hätte den durch wirtschaftliche Gründe zwingend gemachten Anspruch auf Zuweisung des ungeteilten Abstimmungsgebietes an Deutschland noch deutlicher gemacht.

War die Notwendigkeit, im Interesse der europäischen Wirtschaft Oberschlesien beim Deutschen Reich zu belassen, schon vor dem 2. Mai keinem Kenner von Land und Leuten verborgen, so hat das Gewaltstreik-Konflikt und das Echo, das er in Polen fand, vollends den Beweis geliefert, daß Oberschlesien, das nur gedeihen kann, wenn seine Bewohner ohne Unterschied der Sprache einträchtig wie seit Jahrhunderten sich der friedlichen Arbeit in dem allgewohnten Rahmen hingeben, in die Barbarei vergangener Jahrhunderte zurückfallen muß, wenn der polnische Fanatismus hier einen Stummelpfad findet. Schon jetzt ist Oberschlesien hart an den Rand der Anarchie geraten. Korfanty, der die bösen Geister rief und weckte, sucht sich damit zu entschuldigen, daß ohne seine Mitwirkung noch Schlimmeres geschehen wäre. Und das in einem Lande, in dem der nationale Friede seit unruhen Zeiten niemals ernsthaft gestört wurde und das eine solche innige Mischung der Rassen und Kulturen zeigt, daß Zehntausende auch heute noch — nach Jahren wilder Propaganda — sich innerlich nicht darüber klar sind, in welches Lager sie eigentlich gehören! Künstlich ist der Haß ins Land getragen worden, der jetzt so blutige und gefährliche Auswüchse hervorruft. Der Spaltwille der nationalpolnischen Propaganda war der Krankheitserreger, der zu der jetzigen Krise auf Leben und Tod geführt hat. Jahrzehnte einer großzügigen Versöhnungspolitik werden dazu nötig sein, wieder gut zu machen, was Korfanty angerichtet hat.

Die polnische Regierung hat zu ihrer Entschuldigung wiederholt angedeutet, sie habe nicht die Macht, den nationalen Fanatismus in ihrem eigenen Lande einzudämmen und die Ausschreitungen zu verhindern, die sich in Oberschlesien ereignet haben. Wenn das zutrifft, so verstärkt das nur die Wucht der Argumente, die dazu zwingen, die obererschlesische Kultur und Wirtschaftskräfte vor der Vergewaltigung durch hemmungslose Fanatiker und gewissenlose Demagogen zu retten. Im Rahmen des Deutschen